1. Mai Zeitung

Die Zeitung zum Tag der Arbeit
SP und Gewerkschaften des Kantons Aargau
Ausgabe: 1. Mai 2016



Gemeinsam kämpfen – für eine starke AHV !

Aufruf des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 2016

In einer Zeit, in welcher die Arbeitgeber den starken Franken zum Anlass nehmen, massenhaft Stellen abzubauen und/oder die Arbeitnehmenden immer mehr flexiblen und mühsamen Arbeitsbedingungen zu unterwerfen;

in einer Zeit, in welcher sich die Technokraten in den Chefsesseln der Nationalbank weigern, die wirklichen Probleme zur Kenntnis zu nehmen, in welcher sie an einem zerstörerischen Frankenkurs festhalten, ohne sich für die Konsequenzen zu interessieren, die vor allem die Arbeitnehmenden auszubaden haben;

in einer Zeit, in welcher die Gräben zwischen reich und arm immer grösser werden und in der die bürgerliche Politik kaum etwas tut, um sie wieder ein bisschen zuzuschütten, sondern eine Steuer und Finanzpolitik betreibt, um diese Kluft noch zu vergrössern;

in einer Zeit, in welcher die bürgerliche Politik und die Arbeitgeber sich trotz Verfassungsgebot immer noch weigern, den Frauen für gleichwertige Arbeit endlich gleichen Lohn zu zahlen;

in einer Zeit, in welcher die bürgerliche Politik die öffentliche Hand von Sparrunde zu Sparrunde jagt und sich nicht scheut, den Service public immer mehr auszuhöhlen;

in einer Zeit, in welcher die grösste Partei des Landes dauernd gegen Migranten und Minderheiten hetzt und Sündenböcke so von den wirklichen Problemen ablenken sollen;

in einer Zeit, in welcher die Bürgerlichen in der AHV nur sparen und so immer mehr Menschen in Not treiben wollen, obwohl der Tanker der 2. Säule immer mehr in Schieflage gerät und der Lebensabend der Menschen damit nicht mehr gesichert ist;

in einer solchen Zeit gilt es zusammenzustehen, gemeinsam zu kämpfen, für Würde und soziale Gerechtigkeit, für Arbeit und gute Arbeitsbedingungen.



Die Gewerkschaften sind bereit, diesen Kampf zu führen. Sie haben ihn erfolgreich geführt gegen die Durchsetzungsinitiative der SVP. Sie haben geholfen, dass Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte weiter gelten. Das hat gezeigt, dass sich kämpferischer Einsatz lohnt.

Jetzt und bis zum Herbst kämpfen wir vor allem für eine bessere AHV. Dabei treten wir auch an gegen Legenden, die sich in den Köpfen abgelagert haben. In der AHV sei Sparen nötig, sonst gehe sie Konkurs. In den letzten 25 Jahren hat eine ganze Generation von Dreisatztechnokraten an solch düsteren Szenarien gewoben. Und verdeckte damit meist willentlich, dass die Reichen ihre Solidarität aufkündigen wollen.

Wir werden kämpfen für eine gute AHV. Wir werden kämpfen für AHVplus. Dabei geht es um mehr als um 10 % mehr AHV. Es geht darum, Sand in den Motor der sozialen Demontage zu werfen – und Öl ins Getriebe der Gerechtigkeit.

Es geht darum, die soziale Wende anzupacken. Bei der AHV, einem Jahrhundertwerk, einem schweizerischen Tatbeweis von Solidarität, zuerst. Und dann in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft. Gemeinsam. Weil sie nötig ist. Und weil sie möglich ist.



Frankenstärke – Kehrseite des europäischen Dramas!

von Kurt Emmenegger

Es ist unglaublich, mit welcher Unverfrorenheit ein gewichtiger Teil des Schweizer Bürgertums ihr Alpen-Monaco, eine Schweiz der Banken, Rohstoffkonzerne und Reichen verfolgt. Scheinbar abgenabelt von der Welt, aber in allen Teilen der Welt auf Raubzügen.

Schamlos werden dabei tief in Fleisch und Blut eingeimpfte Mythen bedient, Unsicherheiten des sogenannten Mittelstands und Existenzängste der Globalisierungsverlierer_innen ausgenutzt.

Kürzlich haben sie leider erfolgreich die Pfründe der Nahrungsmittelspekulanten verteidigt. Weil sie nicht sicher sein konnten, dass ihr bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit herbeigezogenes, aber zutiefst scheinheiliges Arbeitsplatz-Argument bei kaum hundert betroffenen Arbeitsplätzen verfängt, haben sie eine Kampagne gegen die Absenderin der Initiative (Juso Nein!) gefahren und dabei an antikommunistische Reflexe appelliert.



Kurt Emmenegger
Präsident Aargauischer Gewerkschaftsbund, Grossrat

Mit ebenso samtenen Handschuhen werden die übrigen Rohstoff- und Edelmetallhändler angefasst. Ihre Machenschaften interessieren nicht oder werden unter den Teppich gekehrt. Hauptsache der Gewinn stimmt. Wenn nun aber die Menschen, die man mittels Spekulation in den Hunger getrieben hat, deren Lebensgrundlagen man mit rücksichtslosen Abbaumethoden zerstört hat oder deren Perspektiven man ihnen mit skrupelloser Ausbeutung genommen hat, meistens in Kumpanei mit den dortigen Potentaten, logischerweise dem Geld folgen, werden sie als Wirtschaftsflüchtlinge gebrandmarkt und mit seltener Gleichgültigkeit, Kaltherzigkeit und Unmenschlichkeit schaut man zu, nimmt in Kauf oder denkt, besser so, wenn diese Menschen im Mittelmeer ertrinken oder auf der Balkanroute erfrieren.

Wer nun denkt, was soll ich mit dieser grossen Welt, was betrifft mich das oder was kann ich schon machen, der täuscht sich gewaltig. Eine solche Welt wird die Schweiz immer einholen und die grosse Mehrheit wird diese „gruusige“ Suppe auslöffeln müssen.

«Wer nun denkt, was soll ich mit dieser grossen Welt, was betrifft mich das oder was kann ich schon machen, der täuscht sich gewaltig.»

Die gleichen Kreise mit dem gleichen Gedankengut und den gleichen verlogenen Argumenten führen auch einen Kreuzzug gegen die EU und ein geeintes Europa. Bei aller Kritik hat die europäische Integration die historisch längste Friedenszeit auf dem Kontinent ermöglicht.

Dabei kommt diesen Kreisen die Flüchtlingspolitik gerade recht, so kann man mit der katastrophalen Flüchtlingspolitik der meisten EU-Länder billig die EU als Gesamtes kritisieren, quasi das Kind mit dem Bad ausschütten. Die Abschottung gegenüber der EU reiht sich nahtlos in die Abschottung gegenüber der Welt ein.

Mit dem Schlachtruf „Wohlstand verträgt sich nicht mit Personenfreizügigkeit“ werden diese Kreise die buchstabengetreue Durchsetzung der Masseneinwanderungsinitiative einfordern und dabei mit allen Mitteln die Existenzängste der Leute schüren und ausnützen.

Und auch die Kampagne ist zutiefst verlogen: Es geht ihnen nicht um die mehr oder weniger grosse Zuwanderung von Ausländer_innen und deren Folgen. Ein gewaltiger Dorn im Auge ist ihnen, dass die Zuwander_innen, zumindest aus den EU-Ländern, Rechte haben: das Recht, den Arbeitsplatz „frei“ zu wählen, den Kanton zu wechseln, die Familie nach zu ziehen und nach einer gewissen Zeit auch Rechtsanspruch auf Sozialleistungen.
Ein noch gewaltigerer Dorn im Auge sind ihnen die flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping. Auch wenn diese Massnahmen noch stark zu verbessern und noch besser umzusetzen sind, haben sie – neben verschiedenen krassen Lohndumping-Fällen –trotz grosser Zuwanderung verhindert, dass das Lohnniveau insgesamt ins Rutschen kam und abgesunken ist. Beides – Rechte für Ausländer_innen und einen geregelten Arbeitsmarkt – scheuen sie wie der Teufel das Weihwasser.

Beides schmälert ihre Gewinne. Das ist, was sie mit Wohlstand meinen! Was sie wirklich wollen, ist der Zugriff auf möglichst rechtlose und billige Arbeitskräfte, ob ausländisch oder inländisch, und einen völlig deregulierten Arbeitsmarkt.

Allfällige Kollateralschäden, die die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens und damit das Ende der bilateralen Verträge bringen würden, nehmen sie billigend oder grössenwahnsinnig in Kauf.

Die Schweizer Forschung ist sowieso die Beste, was nützen uns da die EU-Forschungsprogramme noch. Und die Zukunft der Jugend, was soll's. Für ihre Sprösslinge werden sie mit ihrem vielen Geld schon eine anständige Zukunft garantieren können.

«Die Kündigung der Personenfreizügigkeit ... wäre ein Blutbad für den Werkplatz Schweiz.»

Die gleichen Kreise haben mit ihrem Kesseltreiben gegen die Schweizerische Nationalbank (Affäre Hildebrand) wesentlichen Anteil, dass diese vor einem Jahr den Mindestkurs des Frankens zum Euro aufgegeben hat. Die Folge: Eine Spur der Verwüstung quer durch die Exportindustrie mit massiv ansteigender Arbeitslosigkeit. Kein Aufschrei dieser heuchlerischen Arbeitsplatzverteidiger, schliesslich

gibt's auch Gewinner dieser desaströsen Politik der SNB, die Banken, wen wundert's.

Die Kündigung der Personenfreizügigkeit kombiniert mit der aktuellen Politik der SNB wäre ein Blutbad für den Werkplatz Schweiz. Aber nicht genug damit: Seit Jahren führen sie eine systematische Kampagne gegen die Sozialleistungen und generell gegen die staatlichen Leistungen, wenn sie nicht gerade selbst massiv davon profitieren. Im ersteren Fall schrecken sie mit zum Teil erfundenen oder halbwahren Einzelfällen nicht davon zurück, kranke Menschen als Scheininvalide und Menschen, die aus dem Arbeitsprozess ausgesondert wurden, als Sozialschmarotzer darzustellen.

«Staatliche Leistungen für Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit, Umwelt und Kultur haben ihren Preis und müssen mit Steuern oder Sozialabgaben finanziert werden.»

Im zweiten Fall bemühen sie antistaatliche Ressentiments und Schauermärchen über ineffiziente Beamte und ineffektive Staatsbürokratie, die keiner näheren Betrachtung standhalten. Aber staatliche Leistungen für Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit, Umwelt und Kultur haben ihren Preis und müssen mit Steuern oder Sozialabgaben finanziert werden. Steuern aber schmälern ihre Gewinne.

Darum gehört zu ihrer Agenda auch der systematische Kampf für Steuersenkungen vor allem für die Unternehmen und die Reichen, was sie mit den Schlagworten vom unausweichlichen Steuer- und Standortwettbewerb verkaufen. Dass sie damit die Wirtschaft, die wesentlich vom Konsum gestützt wird, noch weiter in den Abgrund treiben, interessiert sie nicht.

«Es gibt Hoffnung: Der klare Sieg gegen die Durchsetzungsinitiative am 28. Februar 2016 für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.»

Damit sie ungestört ihren räuberischen Geschäften nachgehen können, schrecken sie nicht davor zurück, offen grundlegende Errungenschaften von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Demokratie in Frage zu stellen und nationale und internationale Institutionen und Vertragswerke zu diffamieren.

Und auf dem „munzigen" Flecken Erde, genannt Aargau, geht das Gleiche ab, nur ein bisschen provinzieller und grobschlächtiger: Da werden gezielt Häuser abgerissen, damit man keine Flüchtlinge einquartieren muss. Da verteidigt eine ideologisch völlig verblendete Aargauische Industrie- und Handelskammer die Aufhebung des Mindestkurses, was ein Teil ihrer Mitglieder in den Ruin treibt, und leistet mehr oder weniger offenen Widerstand gegen eine zwar zaghafte, aber zukunftsträchtige HighTech-Strategie des Kantons. Da wird gleichzeitig mit dem massiven Abbau bei staatlichen Leistungen in Bildung, Gesundheit, sozialer Sicherheit, Umwelt und Kultur einer kleinen Gruppe von Immobilienhändlern ein Steuergeschenk von 36 Mio. gemacht.

Verrückt, manchmal schwer zu begreifen und manchmal zum Verzweifeln ist, wie viele Apologeten diese desaströse Politik verteidigen und propagieren, und vor allem wie viele reale und potentielle Opfer dieser Politik applaudieren.

Aber es gibt Hoffnung: Der klare Sieg gegen die Durchsetzungsinitiative am 28. Februar 2016 für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, das überraschend klare Nein zum Leistungsabbau beim Staat Aargau am 8. März 2015 und der unerwartete Sieg bei der Budgetabstimmung in Oberwil-Lieli, der auch die reichste Gemeinde im Kanton dazu verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen. Es gibt den anderen Aargau, die andere Schweiz mit einem anderen Blick auf die Welt!

Wenn wir ein Alpenmonaco für die Reichen verhindern und damit eine Zukunft für alle wollen, dann müssen wir uns mehr bewegen, uns mehr einmischen und die Stimme viel lauter erheben.

Ein neues Sofa oder ein Kanton mit Zukunft?

von Viviane Hösli

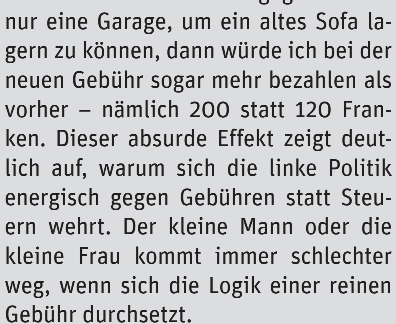
Am 5. Juni stimmen wir über die Abschaffung des Steueranteils bei den Grundbuchabgaben ab. Worum geht es?

Angenommen, ich kaufe ein Haus für eine halbe Million Franken, dann bezahle ich heute 4 Promille Grundbuchabgaben, also 2‘000 Franken. Nach der Abschaffung wären es 450 Franken. Ich vermute, dass ich für das neue Sofa im neuen Haus mehr ausgeben würde, als ich durch die Streichung des Steueranteils einsparen könnte. Der gesparte Betrag fällt, angesichts der Gesamtkosten bei einem Hauskauf einer Privatperson also kaum ins Gewicht. Kaufe ich hingegen nur eine Garage, um ein altes Sofa lagern zu können, dann würde ich bei der neuen Gebühr sogar mehr bezahlen als vorher – nämlich 200 statt 120 Franken. Dieser absurde Effekt zeigt deutlich auf, warum sich die linke Politik energisch gegen Gebühren statt Steuern wehrt. Der kleine Mann oder die kleine Frau kommt immer schlechter weg, wenn sich die Logik einer reinen Gebühr durchsetzt.



Viviane Hösli
Sekretärin Aargauischer Gewerkschaftsbund, Grossrätin

«Durch die Abschaffung der Grundbuchabgaben fehlen dem Kanton weitere 33 Millionen Franken pro Jahr.»



Anders sieht dies bei Immobilienspekulanten aus: Sie kaufen und verkaufen in grossem Stil Häuser und wollen damit möglichst viel Gewinn erwirtschaften. Selbstverständlich ist für diese Kreise jede Steuer, und sei sie noch so gering, zu hoch und gehört abgeschafft.

Bei der Abschaffung der Grundbuchgebühren geht es aber auch um etwas anderes, es geht darum, die Einnahmen des Kantons zu bewahren. Linke und gewerkschaftliche Kreise warnen schon lange davor, dass die Steuergesetzanpassungen der letzten zehn Jahre zu einem Einnahmenproblem führen werden. Diese wurden bewusst in wirtschaftlich guten Jahren durchgeführt und führten zu der nun katastrophalen Finanzlage im Kanton. Alleine die letzte Steuergesetzrevision von 2012, deren letzte Etappe erst 2016 in Kraft getreten ist, hat - sehr konservativ gerechnet -, zu Einnahmenausfällen von 119 Mio. pro Jahr geführt. Profitiert haben hier insbesondere die Unternehmen und Vermögenden in diesem Kanton durch die Reduktion der Vermögenssteuer und der Reduktion der Unternehmenssteuern.

Durch die Abschaffung der Grundbuchabgaben fehlen dem Kanton weitere 33 Millionen Franken pro Jahr. Dieser Einnahmenausfall ist in der aktuellen finanziellen Lage des Kantons unverantwortlich. Sogar die bürgerlichen Befürworter der Abschaffung haben dies eingesehen und beantragten darum eine gestaffelte Einführung, die aufwändig als Kompromiss verkauft wird. Allerdings werden die 33 Millionen auch später, im Jahr 2019, noch fehlen.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau hat im März dieses Jahres bei der Präsentation der Staatsrechnung einen Ausblick auf die Finanzlage der kommenden Jahre gemacht: Es werden jährlich zwischen 150 und 230 Millionen in der Staatskasse fehlen. Es brauche daher „leider einschneidende, für die Bevölkerung schmerzlich spürbare Massnahmen auf der Ausgabenseite“ lässt sich Herr Finanzdirektor Brogli verlauten.

Im letzten Herbst begründeten die bürgerlichen Parteien und der Regierungsrat in der grossrätlichen Budgetdebatte den zweiten Kahlschlag in Folge in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur, Sicherheit, Sozialem und Umwelt mit dem immer gleichen Argument: Es sei einfach notwendig, zu sparen, da die Einnahmen fehlen. Es wurde so getan, als ob die Einnahmen gottgegeben wären und es darum keine Alternative zum Leistungsabbau gäbe. Die Abschaffung der Grundbuchabgabe zeigt, dass es eben genau nicht so ist: Wir haben es in der Hand, die Einnahmen zu bewahren – und dann die Möglichkeit zu haben, etwas für die Lebensqualität aller Bewohnerinnen und Bewohner in diesem Kanton zu investieren.

«Investitionen in die Zukunft des Kantons sind wichtiger als einmalige Einsparungen im Wert eines neuen Sofas.»

Die von der neoliberalen Ideologie angeführten bürgerlichen Parteien werden diese Investitionen in den nächsten Jahren mit allen Kräften zu verhindern versuchen. Lassen wir das nicht zu und kämpfen wir gemeinsam für die Wende in der Finanzpolitik. Am 5. Juni indem wir Nein sagen zur Gesetzesänderung betreffend den Grundbuchabgaben und am 23. Oktober, indem wir die linken Parteien im Parlament und in der Regierung stärken.

Investitionen in die Zukunft des Kantons sind wichtiger als einmalige Einsparungen im Wert eines neuen Sofas.





Aarau

Schlossplatz, 11.00 - 16.00

Umzug ab Bahnhofsplatz 11.20 (Besammlung Bushof 10.45)

Ansprachen ab 11.45 von:



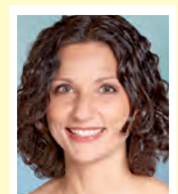
Alain Berset
Bundesrat SP



Begrüssung:
Urs Hofmann
Regierungsrat SP



Katharina Prelicz-Huber
Präsidentin VPOD
Grüne, Zürich



Gabriela Suter
Einwohnerrätin
Präsidentin SP
Aarau

1. Maikommission Aarau - Sponsoring Coop Rechtsschutz und BankCoop

Rahmenprogramm ab 11.00

Festwirtschaft
Info- und Marktstände
Sonntagssendung Radio Kanal K

Starjongleur **Kaspar Tribelhorn**

Musik mit
Sugar and the Josephines (Swing und Songs)



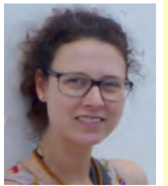


Moderation: Silvia Dell'Aquila (Regionalsekretätin VPOD)

Lenzburg

Metzgplatz, 10.00 - 14.00

Ansprachen ab 11.00 von:



Claudia Mazzocco
VPOD Aargau
Unterentfelden



Mia Gujer
Präsidentin Juso
Aargau, Wettingen



Gabi Lauper Richner
Grossrätin SP
Niederlenz

Rahmenprogramm 10.00 - 14.00

Brunch
Kaffee und Kuchen
Grill
Infostände

Moderation: Aurel Gautschi, JUSO Aargau

1. Maikommission Lenzburg

Menziken

Gemeindesaal, 17.00 - 21.00

Vorabendfeier ! Samstag, 30. April

Ansprachen ab 17.30 von:



Viviane Hösli
Grossrätin SP
Sekretärin AGB
Zofingen



Roman Merz
Grossrats-Kand. SP
Zetzwil

Rahmenprogramm ab 18.30

rote Spaghetti
Kaffee und Kuchen
Infostände

Moderation: Alfred Merz, Grossrat, Menziken

1. Maikommission Bezirk Kulm

Zofingen

Markthalle, 13.30 - 18.00

Ansprachen ab 14.00 von:



Paul Rechsteiner
Präsident SGB
Ständerat SP
St. Gallen



Marco Hardmeier
Grossratspräsident
Aarau



Viviane Hösli
Grossrätin SP
Sekretärin AGB
Zofingen

1. Maikomitee Bezirk Zofingen

Rahmenprogramm ab 14.00

Festbeiz der SP Oftringen
Infostände

Musik mit
«On the bus» (Streetmusic and more)



Moderation: Sascha Antenen, 1. Maikomitee Bezirk Zofingen

Baden
Alte Schmiede (Schmiedstrasse 1), 10.30 - 19.00

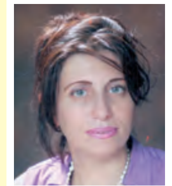
Ansprachen 12.00 / 13.00 / 15.00 von:


Jacqueline Fehr
Regierungsrätin SP Winterthur


Kurt Emmenegger
Präsident Aarg. Gewerkschaftsbund Grossrat SP


Florian Vock
Grossrat SP Baden

Gespräch zur Generationensolidarität


Amal Nasr
syrische Frauenrechtsaktivistin

10.30 / 13.30 / 15.30:
Rundgang durch das industrielle Baden mit Historiker Willy Nabholz

1. Maikomitee Baden (www.1maibaden.ch) - Bezirke Baden und Zurzach

Rahmenprogramm ab 10.30
Grosszügiger Brunch
Allerlei vom Grill
Barbetrieb

Kinderprogramm

Musik mit **Julia Gründisch** und **Djamal Moumene**

17.00 Konzert
Pamplona Grup (Musik aus dem wilden Osten)

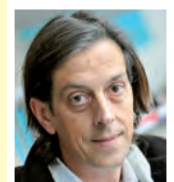


Moderation: Moritz Meier u. Mia Gujer (1. Maikomitee Baden)

Brugg
Odeon, 10.30 - 14.00

Ansprache 11.20 / **Lesung** 11.30 - 12.30 von:


Sacha Schenker
Co-Präsident SP Bezirk Brugg


Pedro Lenz
Dichter und Schriftsteller Olten

Rahmenprogramm
10.30 Brunch
ab 12.30
Barbetrieb

Platzzahl beschränkt!
(Eintritt)
Anmeldung: 1.mai@sp-brugg.ch

Moderation: Sacha Schenker, SP Bezirk Brugg

1. Maikomitee Bezirk Brugg

Bremgarten
Schellenhausplatz (Zeughaussaal), 13.30 - 17.00

Ansprachen ab 14.15 von:


Grusswort:
Daniel Sommerhalder
Stadtrat SP Bremgarten


Urs Hofmann
Regierungsrat SP Aarau

Rahmenprogramm ab 13.30
Vegetarisches
Bratwurst
Kaffee und Kuchen

musikalische Umrahmung
Werner Kim (Bremgarten)

Moderation: Stefan Dietrich, Präsident SP Bezirk Bremgarten

SP Bezirksparteien Bremgarten und Muri

Rheinfelden
Im Rumpel, 11.30 - 20.00

Ansprachen im Rumpel (Colonia Libera) ab 15.00 von:


Doris Bianchi
Stv. Sekretariatsleiterin SGB Basel


Claudia Rohrer
Grossratskandidatin Präsidentin SP Rheinfelden


Lelia Hunziker
Integration Aargau Einwohnerratspräsidentin Aarau

SP Bezirksparteien Rheinfelden und Laufenburg
Gewerkschaften Unia, syndicon, VPOD und SEV, Colonia Libera

Rahmenprogramm ab 11.30
Festbetrieb im Rumpel
Enzos Spaghetti
Unterhaltung mit **Donato**

13.00 Demomarsch durch die Marktgasse
zum **Rathausplatz in Badisch Rheinfelden** und
Apéro mit den deutschen Kolleg_innen

Begrüssung:
Brigitte Rüedin, Vizeammann Stadt Rheinfelden

Moderation: Elisabeth Burgener und Peter Koller (Grossräte SP)

Service public, den wir meinen – und die verfängliche Volksinitiative „Pro Service public“

von Christoph Schlatter

Die Initiative von K-Tipp und Saldo heisst zwar „Pro Service public“. Sie müsste aber eher „Contra Service public“ heissen – denn die öffentlichen Dienstleistungen, wie sie der VPOD bewahren und ausbauen will, werden damit nicht befördert. Im Gegenteil.

Service public, das bedeutet für uns Gewerkschaften: Zu den elementaren Dingen des Lebens sollen alle Zugang haben. Unabhängig von der Dicke des Geldbeutels und der Härte der Ellbogen. Wer krank ist, soll die beste nach dem Stand der Medizin verfügbare Behandlung bekommen. Bildung, Kultur, Information, soziale Dienste: Das alles ist zu wichtig und zu heikel, als dass man es Privaten als Tummelfeld für Geschäfte überlassen kann. Auch bei Netzwerken – Beispiel: Strom, Gas, Wasser, öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation – ist die öffentliche Organisationsform überlegen.

All das war in der Schweiz lange Konsens. Bis dann – in der Ära Thatcher und erst recht nach dem Fall der Berliner Mauer – die Turboliberalisierer Oberwasser bekamen. Zahlreiche bisher öffentliche Dienstleistungen wurden ausgegliedert. Es ist schwer, die Übersicht über all die Rechtsformen und Besitzanteile zu wahren. Private AG in öffentlichem Besitz? Oder nur teilweise? Oder nicht mehr? Nur die Tendenz ist eindeutig: Die demokratische Kontrolle entgleitet. Transparenz war vorgestern. Dem soll Gegensteuer gegeben werden. Aber wie?



Christoph Schlatter
VPOD-Zentralsekretär

SBB, Post, Swisscom oder die grossen Energiekonzerne geben in der Öffentlichkeit oft kein gutes Bild ab. Mit Kritik à la „zu viel Dreck und zu hohe Preise“ und „Millionensaläre für die Chefs“ machen die Konsumentenzeitschriften mobil. Den verbreiteten Ärger über Zugverspätungen oder aufgehobene Poststellen bewirtschaften sie mit ihrer Volksinitiative „Pro Service public“. Dabei lohnt es sich, genauer hinzuschauen. Beispiel Sitzplatzangebot in den Zügen: Betrifft die geäusserte Kritik die Tatsache, dass es in Stosszeiten wirklich nicht genügend Sitzplätze für Fahrgäste hätte? Oder hat es nur zu wenige Sitzplätze für die mitreisende Tasche, die mitreisende Zeitung und die mitreisenden Füsse?

Die verfängliche Initiative berührt den nostalgischen Nerv des Schweizervolks. Wie schön war’s damals, als wir mit der SBB im reservierten Wagen auf die Schulreise fuhren und der Pöstler der Oma die AHV an die Tür brachte! Dazu will man den Betrieben, die in der Grundversorgung des Bundes einen Auftrag haben und auch von ihm finanziert werden, drei Dinge vorschreiben: Verzicht auf Gewinn, Verzicht auf Quersubventionierung und das gleiche Lohnmaximum wie in der Bundesverwaltung.

Das Letztere geht in Ordnung. Auch wir kritisieren, dass ein Swisscom-Chef fast viermal so viel verdient wie eine Bundesrätin. Die beiden anderen Forderungen ergeben in der heutigen Situation aber keinen Sinn: Sie bedeuten, dass man den grossen Service-public-Unternehmungen, die man aus der Verwaltung ausgekoppelt und in zahlreichen Disziplinen „auf den Markt geschickt“ hat, nun das entsprechende Wirtschaften untersagen will. Auch die Gewerkschaften SEV und Syndicom wehren sich vehement gegen diesen Plan.



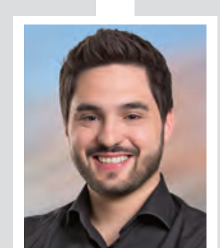
Ein Verzicht auf Quersubventionierung läuft dem Grundversorgungsauftrag diametral entgegen. Er bedeutet, zu Ende buchstabiert, dass ein Brief von Saignelégier nach Tschlin viel teurer ist als einer von Zürich nach Bern. Die Schulreise an den Sempachersee entfällt, weil: Randregion – und daher zu teuer. Die SBB dürfte Überschüsse aus rentablen Strecken ja nicht mehr für weniger gewinnträchtige einsetzen. Der Post würde es verunmöglicht, Gewinne aus Postfinance beispielsweise für die Präsenz in der Fläche aufzuwenden. In einer solchen Situation fänden sich sehr schnell Private, welche die rentablen Filetstücke aus den jeweiligen Portefeuilles schnippeln wollen, zugunsten von privatem Profit. Was übrig bleibt, müsste der Staat aus anderen Quellen finanzieren. Oder dichtmachen.

Asyldebatte: Wir müssen uns den Ursachen von Flucht und Rechtsextremismus stellen.

von Cédric Wermuth



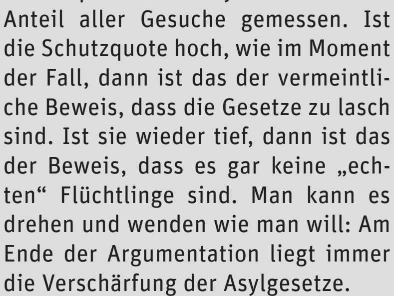
Erinnern Sie sich noch, wie die europäischen Regierungen im Herbst 2008 über Nacht Milliarden fanden, um die Banken vor dem drohenden Kollaps zu bewahren? Auch für die Schweiz war es – trotz jahrelangem finanzpolitischem Gejammer von rechts – offenbar kein grösseres Problem, über Nacht 68 Milliarden locker zu machen. Für Banken und Boni scheint das also zu gehen. Was für ein zynischer Kontrast zur aktuellen Flüchtlingskrise. Über 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, mehr als je seit dem 2. Weltkrieg. Zwei Drittel dieser Menschen halten sich in Entwicklungsländern auf, nur ein lächerlich kleiner Anteil schafft es über mörderischen Routen überhaupt nach Europa. Der kleine Jemen zum Beispiel beherbergt inzwischen über eine Millionen Flüchtlinge – 25% der gesamten Bevölkerung! Wissen Sie wie hoch der Anteil Asylsuchender in der Schweiz ist? In der Schweiz leben ca. 40'000 anerkannte Flüchtlinge. Dazu kommen ca. 70'000 Personen im Asylprozess (Stand Februar 2016). Das sind bei 8.2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern nicht einmal 1.5% der gesamten Bevölkerung. Und wir tun so, als würde unser Kontinent unter dieser Last fast zerbrechen. Europa liefert sich selber ein unwürdiges und beschämendes Theater. Jahrelang hat man die wirklich überforderten Staaten wie Malta, Italien oder Griechenland einfach alleine gelassen. Diese Vogelstrauss-Politik rächt sich jetzt.



Cédric Wermuth
Nationalrat
Co-Präsident SP Aargau

«Die Schliessung der Grenzen oder die Festsetzung einer Obergrenze für Flüchtlinge mag kurzfristig gut klingen. Politisch ist es aber Wasser auf die Mühlen der Rechten.»

Innenpolitisch steigt der Druck durch rechtsextreme Parteien nach dem Vorbild der SVP wie die Alternative für Deutschland AfD (Zitat: „Wir orientieren uns am Erfolg der SVP"). Und eine Reihe von – leider mit sozialdemokratischer Beteiligung – Regierungen reagiert so, wie man nie reagieren darf. Die Schliessung der Grenzen oder die Festsetzung einer Obergrenze für Flüchtlinge mag kurzfristig gut klingen. Politisch ist es aber Wasser auf die Mühlen der Rechten. Es ist eine Illusion, der rechten Welle begegnen zu können, in dem wir ihre Forderungen „ernst nehmen". Das Schema ist immer das gleiche, Beispiel Schutzquote. Mit der Schutzquote wird die Anzahl Asylsuchenden mit positivem Asylentscheid am Anteil aller Gesuche gemessen. Ist die Schutzquote hoch, wie im Moment der Fall, dann ist das der vermeintliche Beweis, dass die Gesetze zu lasch sind. Ist sie wieder tief, dann ist das der Beweis, dass es gar keine „echten" Flüchtlinge sind. Man kann es drehen und wenden wie man will: Am Ende der Argumentation liegt immer die Verschärfung der Asylgesetze.



Die Schweiz und Europa kommt aus diesem Dilemma nur heraus, wenn wir uns den Ursachen von Flucht und Rechtsextremismus stellen. Nach wie vor finanziert beispielsweise der globale Süden den globalen Norden. Zählt man alle Kapitalflüsse aus den Entwicklungsländern inklusive Gewinne unserer Unternehmen plus die Schwarzgelder auf unseren Bankkonten zusammen, übersteigt die Zahl deutlich die gesamten Entwicklungsgelder. Hinzu kommt eine gescheiterte Strategie „des Westens" in den zentralen Krisenherden wie Irak, Afghanistan oder Syrien. Diese Krisen treffen hierzulande auf eine zutiefst verunsicherte Bevölkerung. Eine Generation lange hat man uns eingetrichtert, dass wir mehr „Flexibilität" in unseren Arbeitsmärkten und Sozialversicherungen brauchen. Dass wirtschaftlich nur etwas gedeihen kann, wenn sich die Demokratie zurückzieht. Die Folge ist eine gefühlte und reale Ohnmacht gegenüber den Krisen, die scheinbar unkontrolliert auf uns niederprassen – Flüchtlingskrise, Umweltkrise, Klimakrise, Demografiekrise, etc. Die Linke muss auf beides eine Antwort entwickeln.

Die aktuellen Mehrheiten in Bundesbern machen die Situation nicht einfacher – im Gegenteil. In dieser Situation stimmen wir am 5. Juni über eine erneute Revision des Asylgesetzes ab. Im Wesentlichen geht es um eine Beschleunigung der Verfahren und ihre Abwicklung in Bundeszentren. Im Gegenzug zur Beschleunigung der Verfahren werden die Asylsuchenden von Rechtsvertretern begleitet, die der Bund bezahlt.

«Die Schweiz und Europa kommt aus diesem Dilemma nur heraus, wenn wir uns den Ursachen von Flucht und Rechtsextremismus stellen.»

Um das gleich klar zu stellen: Die vorliegende Revision ist nicht meine Revision. Ihre genaue Wirkung ist heute schwierig abzuschätzen. Sie wurde vor allem nötig, weil Simonetta Sommaruga immer noch das Chaos aufräumen muss, dass ein Herrliberger Alt-Bundesrat in diesem Departement hinterlassen hat. Die Beschleunigung der Verfahren bietet Chancen vor allem für Menschen mit positiven Bescheiden, aber die kurzen Fristen können gerade in komplexen Fällen auch zum Problem werden. Eine Asylgesetzrevision von links hätte anders ausgesehen. Nur geht es diesmal um etwas anderes als bei den letzten Asylgesetzrevisionen. Es geht um die Organisation der Verfahren. Die SVP hat das Referendum ergriffen, weil sie die Rechtsvertretung und die Bundeskompetenz an sich bekämpfen – und weil sie Simonetta Sommaruga einfach grundsätzlich in ihrer Arbeit behindern will. Und genau das erhalten wir bei einem Nein: Es ist illusorisch zu glauben, das Parlament würde bei einem Nein plötzlich zum Beispiel das Botschaftsasyl wieder in die Vorlage aufnehmen. Vielmehr würde die Beschleunigung noch verschärft, der Rechtsbeistand ganz gestrichen.

Das ist ein Horrorszenario, dass wir nur mit einem JA am 5. Juni verhindern.

Kinderbetreuung: Es ist höchste Zeit, jetzt zu handeln!

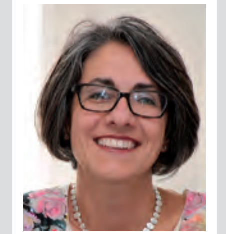
von Kathrin Scholl

Der Kanton Aargau ist familienfreundlich. So steht es in seinem Leitbild. Dennoch sind viele Gemeinden ohne jegliches familienergänzendes Betreuungsangebot. Es gibt weder Krippen noch Tageseltern, oder Mittagstische. Wir haben jetzt die Möglichkeit, dies zu ändern!

Ein intaktes, gutes Betreuungssystem ist ein Gewinn für alle.

- Kinder aus benachteiligten Familien gewinnen die Chance auf einen guten Start in die Schule.
- Die Wirtschaft gewinnt wertvolle Fachkräfte.
- Lehrkräfte gewinnen mehr Luft in ihrem Berufsalltag.
- Der Kanton gewinnt an Attraktivität.
- Die Bevölkerung gewinnt Geld.
- Jugendliche gewinnen ihre Gesundheit zurück.
- Die Gesellschaft gewinnt ein wichtiges Integrationsmittel.

Nutzen wir die Chancen! Sorgen wir dafür, dass jedes Aargauer Kind Zugang zu einem familienergänzenden Betreuungsangebot hat. Es ist höchste Zeit, die Gemeinden zu verpflichten, bei Bedarf Kinderkrippn, Tageseltern oder Mittagstische anzubieten. Das sind wir den Kindern und den Eltern schuldig, der Wirtschaft und Gesellschaft – und ganz besonders auch der Schule.



Kathrin Scholl
Grossrätin
Geschäftsführerin alv

Bieten wir allen Kindern die gleichen Startchancen!
Ob eine Schulzeit zum Erfolg oder Misserfolg wird, entscheidet sich nicht in der 1. Klasse. Auch nicht im Kindergarten. Nein, die Weichen werden noch früher gestellt: in den ersten vier Lebensjahren eines Kindes. Sie sind ausschlaggebend dafür, wie erfolgreich die schulische Laufbahn wird.
Für Kinder aus gut situierten Familien ist das kein Problem. Sie geniessen ein anregendes Umfeld und werden von ihren Eltern als Weltentdecker unterstützt.

Aber was ist mit all den Kindern, die kranke, zerstritte, arbeitslose oder fremdsprachige Eltern haben, denen die Zeit oder die Kraft fehlt, mit ihnen zu singen, Schnecken zu beobachten oder sie auf den Spielplatz zu begleiten? Diese Kinder haben beim Eintritt in den Kindergarten Mühe, sich zu konzentrieren oder sich an die Regeln zu halten. Sie können kaum ein Puzzle aus zehn Teilen zusammensetzen, während ihre Gspänli aus wohlbehüteten Familien mühelos ein Puzzle aus 50 Teilen schaffen.

Mit vier Jahren hinken Kinder aus benachteiligten Familien Gleichaltrigen hinter her. Der Rückstand ist nicht mehr aufzuholen - nicht während der ganzen Schulzeit!

Die Wissenschaft hat mit zahlreichen Studien bewiesen, wie massgeblich frühe Förderung für eine erfolgreiche Schulzeit ist. Jetzt können wir dies ändern! Nutzen wir das Potenzial der frühen Förderung. Bieten wir Kindern aus benachteiligten Familien einen ausserfamiliären Betreuungsplatz an und schaffen wir gleiche Startchancen für alle!

Geben wir der Wirtschaft die Fachkräfte zurück!
Wo ausserfamiliäre Betreuungsangebote fehlen, haben Eltern keine Wahl. Sie müssen ihr Familienmodell den bestehenden Umständen anpassen. Das heisst: Ein Elternteil, meist die Frau, bleibt zuhause und betreut die Kinder. Diese wertvolle Fachkraft fehlt in der Wirtschaft. Schaffen wir die Grundlage, dies zu ändern!

Sichern wir die Qualität!
Eine einheitliche Qualitätssicherung gibt es derzeit nicht für Betreuungsangebote im Kanton Aargau. Die einen machen es so, die anderen so. Das ist eine gefährliche Entwicklung, die wir jetzt stoppen können. Jetzt soll der Kanton für die Qualität der Betreuungsplätze verantwortlich sein, Regelungen schaffen und Kontrollen durchführen.

Senken wir die Kosten!
Früh fördern kostet viel weniger als spät reparieren! Studien belegen: Für jeden Franken, der in die frühe Förderung investiert wird, erhält die Gesellschaft eineinhalb Franken zurück. Der Grund: mehr Steuereinnahmen, weniger Sozialausgaben.

Schützen wir die Gesundheit!
Alleine vor dem Fernseher eine Fertigpizza essen oder gemeinsam mit Freunden eine vollwertige Mahlzeit geniessen? Die zweite Variante macht mehr Spass und ist viel gesünder. Gemeinden sollen bei Bedarf einen Mittagstisch für Schulkinder anbieten.

Heissen wir willkommen!
Betreuungsplätze in Kinderkrippen und bei Tagesmüttern sind hervorragende Integrationsmittel. Hier lernen Familien mit Migrationshintergrund noch vor Schuleintritt die Schweizer Kultur, die Sprache und das Schweizer Bildungssystem kennen.

Darum 2 mal JA für die Kinderbetreuung und für einen familienfreundlichen Kanton Aargau!

Am 5. Juni 2x JA und die Initiative «Kinder und Eltern» dem Gegenvorschlag vorziehen!



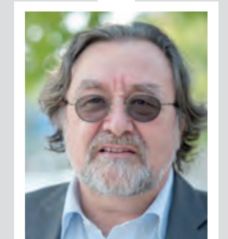
Rentenabbau verhindern – AHV sichern.

von Renato Mazzocco



Wer ein Leben lang hart arbeitet, soll auch im Alter anständig leben können. Das ist, auf den Punkt gebracht, das Anliegen von AHVplus. Über die Volksinitiative des SGB wird am 25. September 2016 abgestimmt.

Obwohl die Schweiz immer reicher wird, droht das Rentenniveau zu sinken. Weil die zweite Säule immer weniger abwirft. Weil die AHV-Renten immer mehr den Löhnen hinterherhinken. Und weil die Arbeitgeber in erster und zweiter Säule einen massiven Leistungsabbau – so zum Beispiel ein höheres Rentenalter – fordern. Diesen Rentenabbau müssen wir verhindern. Denn die Schweiz kann sich eine gute Altersvorsorge leisten.



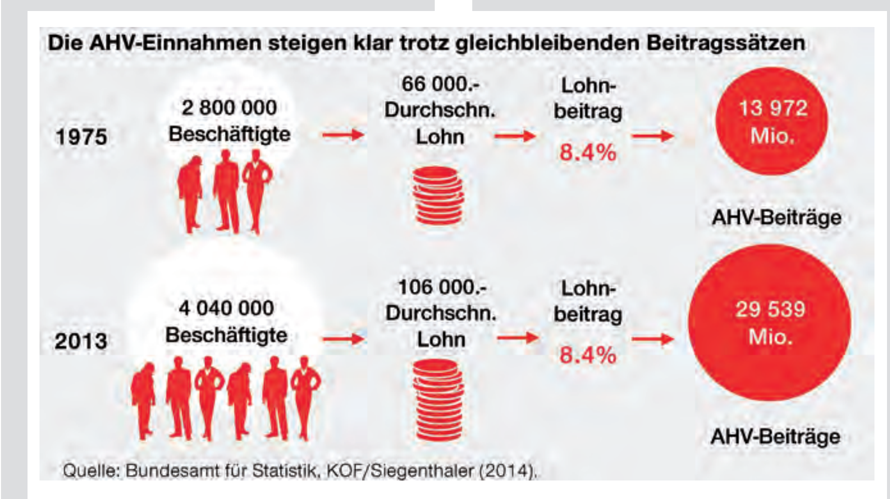
Renato Mazzocco
Sekretär Aarg. Gewerkschaftsbund

Der beste Weg dazu ist, die AHV zu stärken, so wie es die Initiative AHVplus verlangt. Davon profitieren alle Rentnerinnen und Rentner – die heutigen und die künftigen.

Eine starke AHV ist nötig, denn alle brauchen anständige Renten. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss von den Renten aus erster und zweiter Säule anständig leben können. Die AHV ist für zwei Drittel aller Pensionierten die Haupteinnahmequelle. Zwei von fünf Frauen und jeder fünfte Mann verfügen im Alter gar nur über die AHV. Die letzte substanzielle Erhöhung liegt allerdings Jahrzehnte zurück.

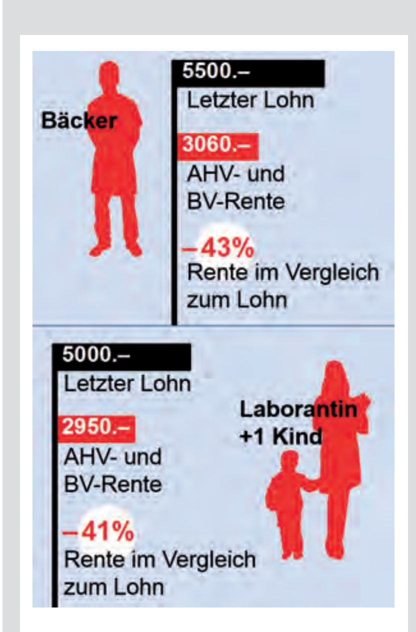
Es ist damit Zeit für eine Verbesserung der AHV-Renten für heutige und künftige Rentnerinnen und Rentner. Denn die meisten Pensionierten, insbesondere die Frauen, sind angesichts der schwächelnden 2. Säule auf eine starke AHV angewiesen. Sie brauchen eine Erhöhung der AHV-Rente um durchschnittlich 200 Franken/Monat für Alleinstehende und 350 Franken/Monat für Paare.

Wer die AHV stärkt, investiert in die sicherste, effizienteste und kostengünstigste Altersvorsorge.



Obwohl immer weniger Beitragszahler für einEn Rentnerin sorgen müssen, ist die AHV seit ihrer Gründung nie kollabiert. Und sie wird es auch in Zukunft nicht tun. Das liegt am genialen Finanzierungssystem der AHV. Denn die Zahl der Beschäftigten hat stetig zugenommen. Weil die zunehmende Zahl Beschäftigter, Güter und Dienstleistungen immer effizienter her- und bereitstellen und damit eine viel höhere Produktivität erreichen, sind die Löhne deutlich gestiegen. Beides zusammen sorgt dafür, dass der AHV trotz seit 40 Jahren unveränderten Lohnbeiträgen von 8,4 Prozent (je 4,2% für AG und AN) immer mehr Einnahmen zuflossen.

Sie stiegen von knapp 14 Milliarden Franken im Jahr 1975 auf 29,5 Milliarden im Jahr 2013. Das zeigt: Die Höhe der AHV-Einnahmen hängt von der Höhe der Löhne ab und nicht von der Menge der Beitragszahler. Deshalb konnte die AHV in dieser Zeit auch immer mehr Renten auszahlen. Deren Zahl stieg von 1975 bis heute von 0,96 auf 2,2 Millionen.



Sind unsere Renten zu hoch ?

Wer täglich Zeitung liest könnte den Eindruck kriegen, dass die heutigen RentnerInnen allesamt reich sind, einen goldenen Lebensabend geniessen und also sogenannte Golden Agers sind. Für Normalverdienende gilt dies nicht.

Die Renten aus erster und zweiter Säule zusammen sind oft bescheiden. Ein alleinstehender Bäcker mit Jahrgang 1949, der zuletzt einen Monatslohn von 5500 Franken hatte, hat bei seiner Pensionierung im letzten Jahr eine Rente aus AHV und BVG von 3060 Franken gekriegt. Er musste deshalb seinen Gürtel deutlich enger schnallen, denn die Einkommenseinbusse beträgt 43 Prozent.

Eine Laborantin mit Jahrgang 1949, die ein Kind gross zog, und zuletzt 5000 Franken im Monat verdiente, kommt noch auf eine Rente von 2950 Franken im Monat. Mit solchen Renteneinkommen kann man keinem grossen Lebensstil frönen. Vielmehr ist die in der Bundesverfassung stipulierte «Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung» für viele ein leeres Versprechen.

Wer aber das Leben lang gearbeitet und immer einbezahlt hat, soll von seiner Rente anständig leben können. Leider sind die Renten aus erster und zweiter Säule heute für viele zu bescheiden. Noch schlimmer ist aber, dass sich die Rentenaussichten verschlechtern.

Die AHV wird schlecht geredet



Seit Jahren reden Arbeitgeber und bürgerliche Politiker die AHV schlecht. Wären ihre Prognosen richtig gewesen, wäre die AHV schon lange Konkurs.

Obwohl die AHV-Lohnbeiträge seit 40 Jahren nie angehoben wurden, steht die AHV aber solide da und zahlt heute mehr als doppelt so viele und erst noch höhere Renten aus als 1975. Der Grund ist das geniale Finanzierungssystem, das die steigende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aufnimmt und in Form von Renten wieder zurückgibt. Darauf können wir bauen und die AHV stärken.

Deshalb: Ja zu AHVplus am 25. September 2016



Eine starke AHV ist finanzierbar!

Zurzeit gehen wegen der Baby-Boomer-Generation überdurchschnittlich viele Menschen in Pension. Deshalb braucht es eine Zusatzfinanzierung. Mit einem Mehrwertsteuerprozent kann der vorübergehende Mehrbedarf abgedeckt werden.

Mit AHVplus sollen die AHV-Renten um 10% erhöht werden. Dies kostet rund 4 Milliarden Franken oder 0,8 Lohnprozente. Dies können wir uns erlauben. Die AHV-Beiträge wurden seit 40 Jahren nie erhöht. Die Beiträge an die zweite Säule schon. Die Wirtschaft hat das aber gut verkraftet.

Impressum

Herausgeber:
- Aarg.Gewerkschaftsbund AGB
- SP des Kantons Aargau
- Unia Region Aargau
- vpod Region Aargau-Solothurn
- syndicom Aargau

AGB, Postfach 2217, 5001 Aarau

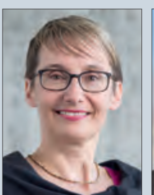
Layout-Idee:
Mira Meier, Brugg

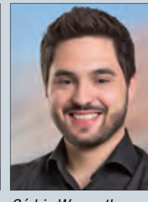
unprofessionelle Umsetzung und Redaktion:
Renato Mazzocco, Sekretär AGB

Druck:
Grafische Gesamtlösungen Bialek
5722 Gränichen

Auflage: 14 000 Exemplare

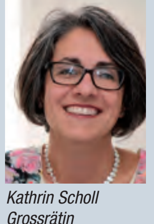
Co-Präsidium SP Aargau


Elisabeth Burgener
Grossrätin


Cédric Wermuth
Nationalrat

Co-Präsidium SP-Grossratsfraktion


Dieter Egli
Grossrat


Kathrin Scholl
Grossrätin

- **Zahlbare Krankenkassenprämien für alle**
- **Fertig mit Steuergeschenken an Reiche und Unternehmen**
- **Kein Abbau in der Bildung**
- **Für eine menschenwürdige Asylpolitik**
- **Bezahlbare Wohnungen für alle**

DARUM - SP FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE.



www.sp-aargau.ch